

Wilsdruffer Tageblatt

Presssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erheben die auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Derzeitige bei Erhebung monatlich 20, durch unsere Anzeigen pagieren in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 25 mit Zustellungsbefehl. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen hiervon Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse können bei der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Postgebührens.



Abbestellungspreis 20, für die 6 getragene Korporelle oder deren Raum, Restanten, die 2 ständige Korporelle 20, bei Wiederholung und Jahresbeitrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 ständige Korporelle 20, Nachweilungs-Gebühr 10, Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenentwurf erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 244

Donnerstag / Freitag 2./3. November 1922.

Ämtlicher Teil.

Helft alle mit, der Not entgegenzutreten!

Mit Schrecken müssen wir erkennen, wie der Kreis derer, die durch die rasende Schnelle und Höhe der um sich greifenden Teuerungswelle in Not und Elend kürzen mußten, immer größer wird. Auch in unserem Städtchen beginnt die Gefahr der Not an die Türen zu pochen. Vor allem betrifft es die alleinstehenden alten Leute, die Familien von Hinterbliebenen und kinderreiche Familien. Wenn auch die städtischen Kollegien weitestgehende Maßnahmen getroffen haben, um der Not entgegenzutreten, so schreitet leider der immer sich noch steigende allgemeine wirtschaftliche Notstand über die vorhandenen Verfügungen. Darum haben sich die hiesigen Vertreter behördlicher und freiwilliger Wohlfahrtsvereinigungen zusammengeschlossen und richten an alle, die mithelfen können, die herzlichste Bitte: Helft mit, der Not entgegenzutreten, jetzt ist die Zeit, wo man nicht mehr vom Ueberfluß gibt, sondern vom Besitz teilt, den, die darben müssen.

Schon haben sich mildtätige Personen bereit erklärt und bedürftige Kinder und alleinstehende alte Leute zum täglichen Mittagstisch herangezogen. Anmeldungen diesbezüglich nimmt das Wohlfahrtsamt im städtischen Verwaltungsgebäude entgegen. Es wird auch innigst gebeten, die Sammler, die in diesem Sinne jetzt die Häuser besuchen, weitgehendst zu unterstützen.

Spenden jeder Art: in Geld, in Nahrungs- und Lebensmitteln, in gebrauchten Kleidungsstücken und Schuhwerk, nehmen das Wohlfahrtsamt sowie der Frauenverein (Frau Oberlehrer Kühne), und der Fechtverein (Herr Lackierermeister Runge) entgegen.

Wilsdruff, am 1. November 1922.

Der Stadtrat. — Wohlfahrtsamt.

Bürgermeister Dr. Kronfeld.

Die Wahl zum Landtag

findet Sonntag den 5. November 1922 von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Die hiesige Stadt ist in 2 Wahlbezirke eingeteilt worden. Der 1. Wahlbezirk wird aus dem links der Freiberg-Weißner Straße gelegenen Stadtteile (westlicher Stadtteil) und der 2. Wahlbezirk aus dem rechts von dem angegebenen Straßenzuge gelegenen Stadtteile (östlicher Stadtteil) gebildet.

Als Wahllokal ist für den 1. Bezirk der Stadtverordnetenversammlungsaal im Rathaus und für den 2. Bezirk Zimmer 2 des Verwaltungsgebäudes bestimmt worden.

Zu Wahlvorstehern bzw. Stellvertretern sind ernannt worden:

a) für den 1. Bezirk

Herr Stadtrat Louis Wehner, Wahlvorsteher,

Herr Stadtrat Max Fichunke, Stellvertreter,

b) für den 2. Bezirk

Herr Schuldirektor i. R. Karl Thomas, Wahlvorsteher,

Herr Lagerhalter Paul Neumann, Stellvertreter.

Wilsdruff, am 24. Oktober 1922.

355

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Vertreter der Reparationskommission haben in Berlin die Beratungen mit der Reichsregierung aufgenommen.
- Der Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchthold wird bestätigt.
- Am 7. November beginnt in Berlin eine außerordentliche Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates.
- Im besetzten Gebiet wurde wieder ein Deutscher von beruhenen marokkanischen Soldaten erschossen.
- Die Pläne der Entente für die Verhandlungen in Berlin enthalten eine weitgehende Finanzkontrolle und eine schärfere Einschränkung des Devisenhandels.
- Der italienische König hat die neue Ministerliste Mussolinis genehmigt. Die Faschistenarmee wird demobilisiert.

Hilfe den Erwerbsunfähigen!

Als der Weltkrieg zu Ende ging und feststand, daß er für uns verloren war, taten sich die führenden Männer des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmerstandes zur deutschen Arbeitsgemeinschaft zusammen, in der Erkenntnis, daß nur noch der zielbewußte Zusammenwirken der Gesamtkräfte der Nation das Schlimmste von uns abzuwenden sei. Die Arbeitsgemeinschaft hat es auch in den Jahren der Revolution und des Wirtschaftszusammenbruchs nicht an sich fehlen lassen, sie hat aber dank der Ungunst der internationalen Verhältnisse es nicht verhindern können, daß wir mehr und mehr zur Gründung von Notgemeinschaften übergeben mußten.

Sichbarsten Ausdruck hat die verzweifelte Lage unserer Volkstreu in Deutschland jetzt durch die Gründung der deutschen Notgemeinschaft gefunden, zu der der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führende Männer aller Wirtschaftszweige eingeladen hatte. Städte und Gemeinden, Industrie und Handel, Gewerkschaften und private Wohlfahrtsorganisationen waren vertreten und sagten wirksame Hilfe für das große Werk der Nächstenliebe zu, das Herr Dr. Brauns in Gang zu bringen entschlossen ist. Es handelt sich zunächst um Hilfe für die dringendste Not der erwerbsunfähigen Volksgenossen. Hier sollen durch den vom Reichspräsidenten erlassenen Aufruf alle Volksgenossen, die dazu noch irgendwie in der Lage sind, um Vergabe von Geldspenden und Waren gebeten werden. Von der Landwirtschaft insbesondere wird die Bereitstellung von Lebensmitteln erhofft und die Arbeitskraft soll für die Leistung einer Überstunde zugunsten dieser Notaktion gewonnen werden. In erster Reihe gedenkt man der Armenpflege anheimfallenden Personen beizuspringen. In der Tat, wer heute noch so viel Arbeitskräfte sein eigen nennt, daß er sich rüftig regen und selbst verdienen kann, was er braucht, hat allen Grund, seinem Schöpfer zu danken und — wenn auch von Ueberfluß bei ihm wahrlich nicht die Rede sein kann — seinen arbeitslosen oder arbeitsunfähigen Mitmenschen abzugeben, was er selber irgendwie entbehren kann. Er hat ein Dach über seinem Haupte, ein Stück Brot auf seinem Tische, während die Armen der Armen, früher noch durch geringfügige Auswendungen öffentlicher Anstalten oder wohlthätiger Spender vor dem Schlimmsten behütet, heute schon vielfach völliger Hilflosigkeit verfallen sind. Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen sich, so mahnt der Reichspräsident, in Einmütigkeit zusammenschließen, um die Notgemeinschaft zu fördern. Soll auch nur der dringend-

sten Not gesteuert werden, so sind große Mittel erforderlich und darum soll jeder reich und reichlich geben, der von sich selber nicht behaupten kann, daß er in Not sei. Die Notgemeinschaft will dafür sorgen, daß die Gaben regelmäßig den Gebieten zugute kommen, aus denen sie stammen. Schon werden, insbesondere aus dem westlichen Industriebezirk, erschütternde Tatsachen berichtet. So sind im Ruhrbezirk allein in den letzten Wochen über 100 Selbstmorde aus Nahrungsnot gemeldet worden. Was soll auch aus unseren alten Invaliden, den Witwen und Waisen werden, wenn sie sich selbst überlassen oder auf die notwendigerweise sorgfältigen Bezüge angewiesen bleiben, die heute nur noch für diese auf fremde Hilfe angewiesenen Teile des deutschen Volkes zur Verfügung stehen. Massenversammlungen, aufsehenerregende Straßenumzüge kommen für diese Armen der Armen nicht in Frage. Sie sind viel zu verschüchtert und verängstigt, um auch nur auf den Gedanken zu kommen, sich dieser modernen Mittel zur Erregung der öffentlichen Aufmerksamkeit zu bedienen. Wir müssen uns dessen bewußt werden, daß nicht immer die lauten Aufer die Hilfsbedürftigsten sind, daß vielmehr das Elend, das sich verborgen hält, unferer tätigen Teilnahme ungleich bedürftiger ist. Vergessen wir auch nicht, daß dieser Aufruf zur deutschen Notgemeinschaft dazu dienen kann, uns über alle Parteigrenzen und Parteibedenken hinweg zu menschlich reinem Willen und Tun zusammenzuführen.

Schließlich sind wir ja doch alle eines Volkes Kinder, und wenn wir vergessen wollten, was wir unseren Armen und Elenden schulden — verbürgt uns dafür, daß und wie lange jeder von uns selber noch aus eigener Kraft aufrecht bleiben, oder nicht vielmehr in den Strudel der Arbeitslosigkeit verfallen wird? Alle für einen, einer für alle war noch die schönste Parole, die eine Volksgemeinschaft sich zur Richtschnur setzen konnte. Es ist Zeit, höchste Zeit, daß wir zu dieser Bestimmung und zu ihr entsprechenden tatkräftiger Hilfsbereitschaft zurückkehren.

Der Plan der Reparationskommission.

Beginn der Berliner Verhandlungen.
Am Dienstag mittag sind die in Berlin eingetroffenen Mitglieder der Reparationskommission, insgesamt vierzehn Herren, vom Reichskanzler empfangen worden, wobei Dr. Birtz und Barthou Ansprachen hielten. Nach am Nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die sachlichen Verhandlungen. Sowohl die Ententevertreter wie auch die deutsche Regierung haben fertige Pläne als Verhandlungsgrundlage aufgestellt. Über den Inhalt der deutschen Vorschläge wird selbstverständlich Stillschweigen bewahrt. Die Hauptpunkte des gegnerischen Planes sind folgende:
1. Strenge Finanzkontrolle über das Reich und die Bundesstaaten. Das Garantiekomitee bleibt in Berlin, schafft aber in München, Stuttgart und Karlsruhe Kontrollkommissionen. Die Befugnisse des Garantiekomitees werden eine große Ausdehnung erhalten. Das Reich wird ohne Zustimmung des Garantiekomitees das Budget mit seinen neuen Ausgaben belasten dürfen. 2. Beschleunigung der vom Reichstag beschlossenen neuen Steuermaßnahmen, eventuell neue Steuern. 3. Verbot jeder Devisenpekulation. Kein Devisenverkauf soll ohne besondere Erlaubnis des Finanzministeriums vorgenommen werden. 4. Innere Anleihen zur Stabilisierung der Mark. 5. Die Goldreserve der Reichsbank muß sofort zur Stabilisierung der Mark herangezogen werden. 6. Ein neues Notatorium wird nicht

beiwirkt werden. Diese Frage wird auf der Brüsseler Konferenz entschieden werden.

Wie weit die deutsche Regierung auf solche Pläne eingehen kann, werden die Verhandlungen ergeben. Man hofft, zu bestimmten Abmachungen zu kommen.

Die Kohlenforderungen der Entente.

Deutschlands innere Versorgung gefährdet.
Im Reichsministerium für Wiederaufbau fand eine Besprechung mit führenden Männern der kohlenfördernden und kohlenverbrauchenden Industrien über die neuen Kohlenforderungen der Reparationskommission für die nächsten Monate statt. Die Reparationskommission will die monatlichen Lieferungen, die bisher 1,725 Millionen Tonnen betragen, auf rund 1,95 Millionen Tonnen erhöhen sehen.

Die Sachverständigen betonten, daß die Anforderungen der Reparationskommission im neuen Programm nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur deutschen Gesamtförderung gegen früher erheblich heraufgesetzt seien, obwohl die Reparationskommission mit den bisherigen Forderungen anerkanntermaßen schon bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit, wie sie von ihr selbst beurteilt sei, herangegangen sei. Die bisherigen Kohlenlieferungen an die Entente hätten nur durchgeführt werden können, weil die deutsche Wirtschaft sich durch Ankauf ausländischer Kohlen in ungefähr gleicher Menge wie die Reparationslieferungen geholfen habe. Dieser Ankauf ausländischer Kohlen werde aber durch den Tiefstand der Mark unmöglich gemacht.

Schon die bisherigen Lieferungen hätten die notwendige innere Versorgung Deutschlands stark gefährdet und Verhältnisse geschaffen, die zu schwerer Versorgungsnot Anlaß gäben. Im übrigen könne die Kohlenfrage nur zusammen mit dem allgemeinen Reparationsproblem gelöst werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Güter- und Personentaxen.

Zu der am 1. November in Kraft tretenden Erhöhung der Gütertaxe um 50 Prozent war die Mitteilung verbreitet worden, daß eine weitere Steigerung um 100 Prozent am 1. Dezember beabsichtigt sei. Dazu wird halbamtlich erklärt: „Die weitere Entwicklung der Gütertaxe hängt durchaus von der heute noch nicht zu übersehenden weiteren Preisentwicklung ab. Anscheinend handelt es sich bei der Meldung um eine Verwechslung mit den Personentaxen der Reichsbahn. Diese werden am 1. November um 100 %, und am 1. Dezember um weitere 100 % erhöht, und zwar, um eine Angleichung der Personentaxe an die Gütertaxe der Reichsbahn anzubahnen.“

Der Rücktritt des Grafen Berchthold.

Aus München kam die Nachricht, daß Berchtholds Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten vollendete Tatsache ist. Der Landtag wird alsbald zusammenberufen werden, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt der bisherige Staatsrat Meyer. Der Rücktritt Berchtholds, der aus der innerpolitischen Entwicklung in Bayern heraus zu erklären ist, wurde schon seit einiger Zeit erwartet. Die